

Ersteinstägig
admitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Abonnementpreis
monatlich 60
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
per Nummer, frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1.80 Mk. zchl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Inhaltsverzeichnis)
monatlich 10 Pf.

Verleger: Rudolf Müller:
Redaktion: Nr. 96B,
Expeditoren: Nr. 1047,
Eisenwegmann-Verlag,
Wolfsbühl Halle/Saale

Die Neue Welt

Inserationsgebühr
beträgt für die 6 Spalten
Zeitspalte oder deren Raum
10 Pfennig

für auswärtsige Anzeigen
25 Pfennig

Im verhaltenen Maße
kann die Stelle 75 Pfennig.

Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis zum
Abdruck des 10. März der
Expeditoren ausgegeben
werden

Einsetzen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expeditoren: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Schöpferische Arbeit.

Gewisse Julian Borchardt schreibt uns:
In dem Artikel „Politik und Reaktion“ (in voriger Nummer) haben wir gesagt, daß Genosse Seine für das von ihm (in den sog. Sozialistischen Monatsheften) gewünschte Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Liberalismus sogar die Nationalliberalen mit einbezieht, und wir haben auch gesagt, daß eine hoffnungslose Illusion das ist, weil eben die Nationalliberalen ihrer inneren Natur nach eine reaktionäre Partei sind, die man niemals zu einer ernsthaften Kampfbündnis gegen die politische Reaktion gebrauchen kann. Es bleibt noch übrig, das gleiche auch für die Fortschrittliche Volkspartei, die sogenannten „entschiedenen“ Liberalen zu beweisen. Auch hier macht uns Gen. Seine die Aufgabe leicht, ja im Grunde genommen ist er sie schon selbst. Er hebt nämlich mit vollem Recht hervor, daß durch jenes Zusammenwirken Erfolge nur erzielt werden können, „wenn es nicht bei einer einmaligen Wahlunterstützung bleibt, sondern zu einer Angriffskoalition gegen die Parteien der Rechten wird“, d. h. wenn auch nachher im Reichstag die Liberalen mit den Sozialdemokraten dauernd zusammenarbeiten, um die konstitutionelle Politik zu durchsetzen, besonders wenn es zu einer liberalsozialdemokratischen Mehrheit kommen sollte. Was für eine Kollaterale beiden Fraktionen dann im Kampfe gegen die Reaktion zu befehlen hätten, beschließt Gen. Seine — wiederum sehr richtig — mit folgenden Worten:

Keiner ernsthaft freireichlichen Mehrheit, auch wenn sie — ein unentbehrlicher Fall — der Sozialdemokratie nicht bedürfte, bliebe heute etwas anderes übrig als zunächst einmal die offizielle Politik laßmaligen; und wenn der Reichstag bald wieder aufgelöst werden sollte, sie durch neue Wahlen, die die Linke noch mehr verstärken, auf neue zu unterbinden und so fort. Nur durch solche wiederholten rücksichtslosen Kämpfe könnte der herrschende Konventionismus, der in Wahrheit die völlige Unfruchtbarkeit bedeutet, überwunden werden; und nur wer hierzu bereit ist, hat das Recht, sich zur Linken zu verbinden und eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie zu fordern.

Wiederum möchten wir ausführen: völlig einbezahndel! Es gibt hierauf keine andere Schlußfolgerung als, daß Gen. Seine, auch wenn sein einziger Liberaler zur Linken gehört und von der Sozialdemokratie unterstützt werden darf. Denn kein einziger Liberaler wird bereit sein, immer und immer nur die offizielle Politik laßmaligen. Hören wir sie nicht fort und fort bis in ihre „Infinities“ Reiben, bis ins Berliner Tagelicht hinein setzen über die „unfruchtbarste Mühseligkeit“ der Sozialdemokratie? Welchen sie nicht immerfort ihre Bereitwilligkeit zur sogenannten „politischen Arbeit“? Und haben sie nicht 1907 mit Wonne alle Oppositionsgefühle, alles Durchfragen konfessioneller Politik fahren lassen, um im Wahllokal politische Arbeit zu leisten, d. h. der Regierung zu Willen zu sein? Kein einziger von ihnen ist also — nach Gen. Seine — ernsthaft freireichlich geistigt.

Doch Genosse Seine zieht diese einzig mögliche Schlußfolgerung nicht. Im Gegenteil, er schließt seinen Artikel mit der Aufforderung, trotz aller Hindernisse dennoch den Versuch mit einer solchen Politik zu wagen, weil er keinen anderen Weg sieht, die dem Sozialismus „als Ziel vorzubehaltende Gesellschaftsform vorzubereiten“. Es ist deshalb nötig, auch noch auf das Programm „Schöpferischer Arbeit“ einzugehen, das er für eine etwaige parlamentarische Koalition entwirft, und von dem er annimmt, daß die Liberalen — wir sprechen also jetzt von den „Fortschrittlichen“ — und dabei ohne weiteres helfen könnten, wenn sie nur wollten. Wir greifen nur die merkwürdigsten seiner Forderungen heraus:

Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung, des Schutzes der Frauen, der Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter wäre noch eine Menge zu tun, wogegen freilich die großen Herren der Industrie zeteren würden, wobei sie aber nicht einmal wahrheitsgemäß behaupten könnten, daß es die penultima Ratio der Industrie vermehrte.

Stellt sich nun Genosse Seine vor, daß die Herren Mugdan und Fischel gegen das Zetern der großen Herren unempfindlich bleiben werden? Berechtigt ihr bisheriges Verhalten in der Sozialpolitik zu solchen Hoffnungen? Wird denken der eine Name Mugdan genügt, und er drückt das wirrliche sozialpolitische Programm der Fortschrittspartei aus. — Weiter:

Die beste Politik und Sozialpolitik aber wäre die Einschränkung der alles beherrschenden Bureaucratie, der Polizeimacht. — Dazu gehört natürlich auch ein wirklich freies Assoziations-, Vereins- und Versammlungsrecht.

Sehr richtig! Aber ist denn wirklich schon wieder bereitzugehen, wo wir das jegliche Vereinsgesetz verdanken? Es ist doch erst 3 Jahre her, daß uns die Freireichlichen, die Herren „Fortschrittlichen“ eben dieses Vereinsgesetzes als förmliche Liberales Geizhals ihrer Parteiung mit den Konventionen anpreisen. Wenn's verlangt wird, wollen wir gern die freireichlichen Mitglieder von der preussischen Landtagswahl 1908 herausheben, da steht's drin. Und von diesen Reuten erkauft man Hilfe zu einem wirklich freien Vereinsrecht??

Weiter sagt Seine:
In die Finanzwirtschaft des Reichs sind direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen einzuführen. —
Wabot Ganz ausgezeichnet! Aber haben nicht die Freireichlichen im Wahllokal der Regierung 400 Millionen indirekter Steuern angeboten? Hat nicht Herr Müller-Reinigen — der zu den „Entschieden“ gehört — damals jene heuchlerische Rechnung aufgemacht, die beweisen sollte, daß auf direkten Steuern die Finanzen nicht aufgebaut werden können, weil dadurch die Belastung zu groß würde? Als ob nicht die Belastung genau dieselbe bliebe bei direkter, wie bei indirekter Besteuerung, nur mit dem Unterschied, daß die indirekten Steuern zunächst von den Armen, die direkten von den Reichen bezahlt werden! Hat nicht 1902 der „entschiedene“ Teil des Liberalismus, nämlich die Fraktion Eugen Richter, seine Zustimmung auf mögliche Unterstützung des Zolltarifs ausgesprochen? Sollen wir denn rein gar nichts aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit lernen? Die Unmöglichkeit der rücksichtslosen Wahlrechtsveränderung und anderer Bundesbeschlüsse — so meint endlich Genosse Seine — wird schon heute auch in Kreisen eingesehen, die verächtlich noch die Hände geklopft, als hätten sie dieses Intrakt für höchst unantastbares Recht.

Sod! Wirklich? — Nun, wie weit in diesem Punkte auf die Fortschrittspartei Verlaß ist, dürfte liegen in dokumentarische Beweise vor. Der Fortschrittspartei ist bekanntlich auch die ehemalige Süddeutsche Volkspartei (Bauer, Buchmann usw.) beigetreten. Diese hatte bis dahin ein vom Jahre 1885 datierendes Programm, welches unter anderem die Forderung erhob: „Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Vertretungen in Reich, Staat und Gemeinde.“ —
Seit 1910 gilt dieses Programm nicht mehr. An seine Stelle ist das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei getreten und das hat jene Forderung ausgemergelt und dafür die der ehemals Freireichlichen gesetzt nämlich:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die Volksvertretungen des Reichs und der Einzelstaaten. . . Reform des Kommunalwahlrechts unter Befreiung der Massenwahlen und der öffentlichen Stimmabgabe.

Das bedeutet, in verständliches Deutsch übertragen: Leute, die bis dahin das demokratische Wahlrecht außer für Reich und Staat auch für die Gemeinde forderten, müßten diese Forderung fallen lassen, müßten sich nach rechts manövrieren, um der Fortschrittspartei beitreten zu können! Und von denen sollen wir eine kräftige Unterstützung im Kampfe gegen rücksichtslose Wahlrechte erwarten???

Zweifellos hat Genosse Seine recht, wenn er den energischen Kampf um die Demokratisierung Deutschlands für die wichtigste politische Aufgabe erklärt, die die Sozialdemokratie gegenwärtig zu lösen hat. Aber ebenso zweifellos hat er Unrecht, wenn er dabei auf irgend eine laienhafte Hilfe von Seiten irgend welcher Liberaler hofft. Das liegt auch nicht an Unzulänglichkeiten oder Personen, es liegt — gerade bei den Nationalliberalen — an der inneren Natur des Liberalismus selbst. Auch die Linkliberalen, auch die Fortschrittler vertreten die Interessen beider der Klassen. Auch sie können im Ernst nicht das gleiche Recht für alle wollen, weil dies die Vorrechte des Besten zerstören würde. Sie wollen es immer nur da, wo sie genau wissen, daß Konventionen und Nationalliberalen es schon verhindern werden. Haben sie doch seit mindestens 40 Jahren, seit den Tagen des seligen Kulturkampfes, seit den Nationalliberalen in antiliberaler Politik nachgereist. Auch sie sind in ihres Lebens Wesenheit eine reaktionäre Partei.

Wenn also — und hierüber sind wir mit dem Genossen Seine einverstanden — wenn die Demokratisierung Deutschlands die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Zukunft ist, so wird sie nicht gelöst, indem man sich auf die innerlich reaktionären Liberalen verläßt — „ein offener Feind“, sagt Genosse Seine mit Recht, „ist der Feind, der sich unglücklicher als ein Freund, der sich danach bemüht, sie zu verraten.“ Sondern die Demokratisierung kann nur erreicht werden, indem man durch den Wahlkampf recht viele zuverlässige Freunde der Freiheit gewinnt, das heißt, recht viele Sozialdemokraten. Dies aber geschieht, wenn man unbedingtem mit die Parteigängerinnen zwischen Konventionen und Liberalen, den Wahlkampf zu sozialdemokratischer Propaganda benützt. Das ist wahrhaft schöpferische Arbeit.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 24. April 1911.

Die Pläne der politischen Betrüger.

Die Beteiligung der Nationalliberalen an den terroristischen Plänen zur Durchpflanzung der Reichsversicherungsordnung wird von der juristischen Kreuzzeitung als der ernste Versuch gefeiert, „die aus von den Nationalliberalen jetzt so schmerzhaft empfundene Verbitterung der bürgerlichen Parteien leichter zu beseitigen. Darans schöpft das Zentrum weiter noch die Hoffnung, daß die Nationalliberalen sich auch für den Plan nehmen lassen werden, den Etat für 1912 nach dem Wiedereröffnungstermin zu lassen. Der Befreiung des Reichsamts des Innern, daß dem neu zu wählenden

Reichstage die Beratung des Etats für 1912 unter allen Umständen vorbehalten bleiben soll, legt die Kreuzzeitung nicht die geringste Bedeutung bei, sie erklärt, nicht zu wissen, ob die Regierung selber großen Wert darauf legt, den Etat vor den Wahlen zu verabschieden, bemerkt dann jedoch weiter, es wird überhaupt und wir finden es begründlich; ebenso begründlich wird wir es im anderen Falle finden, wenn die wütenden Proteste der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer die Regierung erst darauf frachten, daß der Gebatte gut und empfindlicher sei.“

„Wir sind nicht so unbanke gegen unsere nationalliberalen Anhängern“, sagt die Kreuzzeitung, nachdem sie konstatiert, daß die Spaltung in der nationalliberalen Partei sich unaufhaltsam vollzieht und der Wählerwert der Gesamtpartei dadurch gleich Null wird, und erkennen ihre Verdienste in der Kommissionsberatung der Reichsversicherungsordnung immer wieder rückhaltlos an.“ Nicht minder aber, fährt sie fort, wird es auch einer Mittelpartei noch anstehen, wenn sie alles daran legt, um noch vor den Wahlen den Etat für das kommende Jahr verabschieden zu lassen. Es ist uns nur vom Standpunkte der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer verständlich, wenn dem Heinen, diesen Reichstag nach dem Etat erledigen zu lassen, widerprochen wird.“ Das geschähe von der Sozialdemokratie angeblich aus „Wahlanfang“. Doch!

Eine Begründung für ihre Forderung eines Etatsbezugs, die die unerbittliche Provoktion des Volkes bedeutet, gibt die Kreuzzeitung natürlich nicht, denn sie müßte dabei eingestehen, daß der einzige Zweck der Lösung aber der sein soll, Zeit zu gewinnen, um Gelegenheit für blockfreundliche Wahlen zu schaffen. Allein das „Reichsinteresse“ muß herhalten, um das widerwärtigste Argument zu beschreiben, den Etat vor den Wahlen zu erledigen. „Für absehbare Zeit“, schreibt sie weiter, „kann die Regierung nicht die Hand zu neuen Steuererläutern bieten. Und wenn sie es wollte; welche Partei könnte es wagen die tatsächlich bei allen schaffenden Leuten so überaus unpopuläre Wintern- und Waisensteuer durchzuführen?“ Die „Wintern- und Waisensteuer“ der Kreuzzeitung ist bekanntlich die vom Volk niedergestimmte Erbsteuerssteuer, deren Ablehnung bei den Schlussverhandlungen über die Reichsfinanzreform Herr v. Sanderbaum ausdrücklich damit begründete, daß die Konventionen einem Parlament, das aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht, derartige Steuererläutern, die den Besitz treffen, nicht geduldet werden.

Nach diesen erneuten Anweisungen der Kreuzzeitung ist gar nicht daran zu zweifeln, daß der Plan des schwarz-blauen Blocks, den neu zu wählenden Reichstag um das Budgetrecht zu betriegen, nach wie vor besteht, trotz der gegenteiligen Versicherung des Reichsamts des Innern. Was mit der Verhinderung einer jagdgemäßen Beratung der Reichsversicherungsordnung begonnen werden wird, die Verabschiedung des Reichs der Arbeiterkass und des gelamten Volkswillens, soll freigelegt werden, und auch für die neu gelamten politischen Parteien werden die Punkte die Hilfe der Nationalliberalen aus der Sicht vor den Wahlen greift die Reaktion zu den verwerflichsten Mitteln; schon neigen sich die Anzeichen, daß selbst der wahnsinnig verdrehteste Vorstoß, durch Herausbeschaffung internationaler Verbindungen nationale Wahlstimme zu machen, in die Tat umzusetzen versucht wird.

Offizielle Stimmungsmache f. d. Versicherungsordnung

Fortsetzt der geschwätzige Herr Erzberger aus Barmenhausen. Daß der Mann links und rechts schreiben und reden kann, ist bekannt. Es braucht daher auch nicht zu verwundern, daß er jetzt entsprechend der Stellung des Zentrums im schwarz-blauen Block für Gemaltsarbeit bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung eintritt. Derselbe Schwärmer, der früher nicht genug über die Regierung und ihre liberale Arbeitsgebungsart herfallen konnte, findet jetzt, daß bei der Reichsversicherungsordnung alles getan sei, was sich bei ordnungsmäßiger Erörterung eines Gesetzes tun ließe und daß absolut nichts neues mehr in der Sache vorgetragen werden könnte. In einem Artikel im Tag meint er, der den Reichstag mit seinen edlen Nebenreizen unzählige Stunden gelotet hat, mit der ihm eigenen Lieberhebung:

In der Geschäftsordnung steht letzten Endes auch nicht geschrieben, daß alles das, was schon in der Kommission dreimal gefagt worden ist, schließlich im Plenum zu wiederholen sei. Wenn alle gesetzgeberischen Arbeiten so gut vorbereitet wären, wie es die Reichsversicherungsordnung heute ist, Hände es gut. Dazu kommt noch ein weiterer Grund: gemeinen gefordert. Solange man man nicht herant, bis Einkommensverteilung ist. Rechte, Zentrum und Nationalliberalen haben den letzten und entscheidenden Willen bekundet, dieses Werk zu verabschieden. . . Die schon vorhandene Zweidrittelmehrheit ist sich über sehr viele Punkte einig, von den anderen kann noch eine Einigkeit erzielt werden. Eine solche große Mehrheit wird auch vor einer Obstruktion nicht kapitulieren.

In Vorbereitung seiner pästeren Vorlesungen über die Vorteilhaftigkeit der Zentrumarbeit bei der Reichsversicherungsordnung hält es nun Erzberger für notwendig, an dieser Stelle schon von adrehtlichen und ungemein großen Vorteilen für die Partei zu sprechen. Und der Wählerworte der Zentrumspartei, die vor einigen Jahren gegen offizielle Stimmungs-

Walhalla-Theater

Direktor u. Regisseur: Paul Hüttgen.

Novität! Größter Lacherfolg! Anfang 8 Uhr:
Sein Sündenregister od. **Die betrogenen Ehemänner.**
 Schwank mit Gesang in 3 Akten von Fritz Friedmann.

Vorher: **Eine fidele Kiste** oder **Die Generalprobe.**
 Lustspiel mit Gesang und Tanz in 1. Aufzuge von E. Braune.
 Dienstag: **Sein Sündenregister**, vorher: **Eine fidele Kiste.**

Germania-Theater,

Neißestraße 133.

Versuchungen der Großstadt.

Größter Sittensman der Gegenwart.
 Spielbauer eine Stunde.

Frei Heil!

Turnverein 'Fichte', Halle a. S.

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)

Sonnabend, 29. April 1911, abends punkt 9 Uhr
 in den Ballsälen (Glauchauer Schützenhaus)

Vierteljahrs-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht des Vorstandes, 2. Vortrag, 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht
 Der Vorstand.

Verband der Maler,

Filiale Halle a. S.

Dienstag den 25. April 1911, abends 8^{1/2} Uhr, bei J. Streicher,
 Kleine Meißnerstraße 7:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal, und Geschäftsbericht.
 2. Mittelnachschau.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Zimmerer zu Wittenberg.
 Mittwoch den 26. April abends 8 Uhr
 bei Herrn Gessner, Zöpferstraße Nr. 1

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: Statuten-Veränderung.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.
 Der Vorstand.

Meiner werthen Kundschaft die ergeb. Mitteilung, dass ich neben meinem neuingewidmeten

Delikatessen-Geschäft

Rennischestraße 1 eine

Bier- und Frühstück-Stube

eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch.
 Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen.
 Ausschank:
Das gute Riebeck-Bier.
 Hochachtungsvoll Carl Stüwe.



von 1.90 Mk. an.

Spül-Apparate

für Frauen,

reichhaltige Auswahl, beste Fabrikate.

Hugo Nehab

Nacht,
 Gr. Ulrichstr. 27,
 obere Leipzigerstr. 66.
 Auf Firma u. Hausnummer
 bitte genau zu achten.



von 3.00 Mk. an.
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
 5% in Rabattmarken.

Orts-Krankenkasse für Buchdrucker, Schriftsetzer u. Schriftgiesser zu Halle a. S.

Sie werden haben mit die Herren Vorstandsmitglieder und Mitglieder zu dem am 27. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, im Volkspark stattfindenden

Protest-Versammlung

gegen die Reichsversicherungs-Änderung ein. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes der Tagesordnung, bitten wir, die vorbenannte Versammlung zahlreich zu besuchen zu wollen.
 Der Kassenvorstand.



Wanzen-Sinctur

Radikalmittel gegen Wanzen u. deren Brut
 Glasfl. 50 Pf. u. 1 M.
 allein echt bei

Max Rädler,
 nur Kannelechnerstraße 2,
 Ecke Sternstrasse.

Giesskannen
 extra starker Qualität.
C. F. Ritter G. m. B. H.
 Leipzig-Strasse 90.

Grüdenöfen
 billig zu verkaufen
 Steinweg 50.



Arbeiter-Bildungs-Ausschuss

Halle an der Saale.

Mittwoch den 26. April abends 8^{1/2} Uhr
 im grossen Saale des Volksparkes singt

Käthe Hyan

Lieder eines fahrenden Fräuleins —
 Märchen von Wilh. Schulz — Handwerks-
 burschen- und Biedermeier-Lieder zur
 Laute, Gitarre und Klavier.

Einladungskarten an den bekannten Stellen
 inkl. Billetsteuer 30 Pfg.

Soeben erschien in unterzeichnetem Verlage:

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Verfasser ist der durch seine vielfachen Veröffentlichungen sozial-politischen Inhalts bekannte

Arbeitersekretär Friedrich Kleets in Halle a. S.

Die Schrift füllt eine längst empfundene Lücke in der sozial-politischen Literatur aus. Auf dem knappen Raum von 32 Seiten behandelt sie, von den Bestrebungen der Sozialdemokratie ausgehend, die prinzipielle Stellung der Partei zur Sozialreform und stellt dann deren sozialpolitische Forderungen in ihrem ganzen Umfange dar.

Die Kapitelüberschriften sind folgende:

1. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie.
2. Die Stellung der Sozialdemokratie zu sozialen Reformen.
3. Welche Richtlinien muß die Sozialpolitik einhalten?
4. Das heutige Arbeiterrecht in seiner formalen Gestaltung.
5. Unsere Forderungen hinsichtlich des Arbeiterschutzes.
6. Das Koalitionsrecht.
7. Die materielle Fürsorge für die Beschäftigten.

Die Arbeit wird wertvolle Dienste in der politischen Agitation, namentlich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, leisten. Sie ist für jeden Arbeiter und für jeden Agitator gleich wichtig.

Einzelpreis in kräftigem Umschlag geheftet 25 Pfg.

Volksbuchhandlung,
 Halle a. S., Sarz 42/43.

Raffierter der Partei und der Gewerkschaften wollen sich zwecks Vertrieb an die Volksbuchhandlung wenden.
 Hohe Provision.

Soeben erschienen:

Maifestzeitungen

reich illustriert

Berliner 10 Pfg.
 Wiener 20 Pfg.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S.,
 Sarz 42/43.

Ich impfe täglich
 in meiner Bredstunde.

Dr. Schumann, Trothaerstr. 81.

Meinen werthen Kunden zur gef. Kenntnis, daß ich sofort abhole: Glänzen aller Art, Ampfen, Stücken, Reifeisen, Kleiden, Bettungen, Schritten aus Glimm, Gummi, Häfer und alle Altmaterialien.

Fr. Jeserig
 lebt: Schloßberg 1, Halle a. S.
 Polsterarbeiten vergüte ich.

Althee-Nonbon
 von großartiger Wirkung bei Bronchialkatarrh.
 — 1/4 Pfd. 20 Pfg. —
Carl Boock, Breitestr. 1
 und Markt im Turm.

Käse Hochalpine Holsteiner Holländer
 10 Pfd. Probe-Postkoll. M. 3.40
 Rindsendungen Pfd. b. 0.82
Gerh. J. Voltz, Kiel.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rath M. Richards.
 — Bernau 1181.

Dienstag den 25. April:
 218. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.
Novität! **Reisende!**

Sum vorigigen Male:

Der Rosenkavaller.
 Komödie für Musik in 3 Aufzügen
 von Hugo von Hofmannsthal.
 Musik von Richard Strauß.
 Aufführung 7 Uhr.
 Anf. 7^{1/2} Uhr. Ende 11 Uhr.

Mittwoch, den 26. April 1911:
 Gauderevorstellung bei vollständigem Ensemble.
 10jähriges Bühnenjubiläum
 und Benefiz

Alles v. Beer und Fritz Grussall.
Der Bettelstudent.
 Operette in 3 Akten
 von Karl Millöcker.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
 Seite a. 23. Mal. **Wir**
beihilflos am Erfolg:
Polnische
Wirtschaft.

Bauderville-Rosie m. Gesang
 und Tanz in 3 Akten von
 Kraatz und Okonowsky.
 Musik von Jean Gilbert.

Seit Jahren litt ich an quälender

Schlaflos-

igkeit, meine Nerven u. mein Körper waren so herunter, daß ich oft der Verzweiflung nahe war. Ich konnte weder arbeiten, noch essen, mein Zustand war erquickend. Auf ärztl. Rat trank ich Ritschbücherters **Wart-Brudel** (Erdbeere, Hopfen, Pfeffer, Rosen, Mangon, Hochalpinelle). Schon nach wenig. Bl. kam der beherzte Schlaf wieder. Ich trinke **Wart-Brudel** seit 4 Mon., habe seit lang. wieder glänzenden Appetit und fühle mich so gesund, frisch und froh, wie nie zuvor. Dr. S. Verall, warm empfahl. Bl. 85 Pf. Zu haben bei: Wilhelm Heeser, Gellertstr. 52-50 u. 51, in der Balnhofs- u. Löwen-Apotheke; bei Herrn. Pfahl, 9. Bucherstr. 75; Hugo Schulze, Bernburgerstr. 32; H. Siltz, Markt, Gr. Steinstr. 33; Max. Müller, Mühlentstraße 2; Oskar Ballin jr., Zeisigerstr. 63; Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48.

Amerik. Brillant

Glanz Stärke



mit dieser Marke

Globus

gibt die

schönste Plättwäsche

Butterkühler
 ohne Eis 50 Pfg. G. m. B. H.
C. F. Ritter b. H.
 Leipzig-Strasse 90.

Kopfungziefer

mit Brut besteht am schnellsten **LAUSIN**. Preis 50 Pf. Nehmen Sie nur echt Laus. In Halle: Otto Krennauer, gegenüber d. Glauchaer Kirche.

Waschgefäße
 dauerh., billigt. Wägl. d. Sp. 23.
Zander, Straße 12.

Nietleben.

Gießkannen und Grudeöfen in großer Auswahl empfiehlt billigst **Wilh. Schubert.**

Wegen Todesfall ist die ganze Schuhmacher-Einrichtung billig zu verkaufen.
Röglitz, M. Büchner.
 Räumlichkeiten jeder Art bei H. v. Alb. Ackermann, Mühlentstr. 10.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 96

Halle a. S., Dienstag den 25. April 1911

22. Jahrg.

Rüstet für die Demonstrationen am 1. Mai!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 24. April 1911.

Militarismus und Sozialdemokratie.

Der Militarismus ist für unsere herrschenden Klassen eine gar hitzige Sache. Besonders empfindlich ist dieser Auswuchs am Körper des Kapitalismus, wenn Sozialdemokraten ihn durchdringend abhocken wollen. Und in hochnotpeinlicher Stimmung greifen die Schieber der bürgerlichen Gesellschaft, wenn gar ein „Vorbereiter“, wie Genosse Liebknecht sich daran macht, einer abhorrenden Echar Gleichgültigkeit die Befreiungszüge des vollbedrückenden Volkes, wie mit Willkür beschnitten, vor Augen zu führen. Aus dieser gereizten Situation ist es eingekerkert, daß der Beginn des am Sonntagabend und vom Bildungsanspruch im Volkspartei verankerten Programmvortrags nicht allein aus politischen mit getriebenen Reden auf dem Boden der Dinge harte, die da kommen sollten; auch der der Sozialist hätte sich die heftigsten Wunden aufgeschlitten. Nachdem einer ihrer Vertreter dienlich in Helm und Säbel an den Eingängen des Saales eine Artzirkulation vorgenommen hatte, fanden sie über vier unter Führung eines Kommissars vor den Hauptgängen des Saales. Aber ohne sich durch diese aufmerksame Beobachtung als sehr Poligeologen durch zu lassen, verammelten sich in aller Ruhe die interessierten Hörer, bis der untere große Saalraum dicht gefüllt war und es auf der Galerie Kopf an Kopf gedrängt saß. Gegen 9 Uhr betrat dann Genosse Liebknecht, lebhaft von den Versammelten begrüßt, das Redebühnen und nach einigen einleitenden Sätzen erteilte ihm der Vorleser, Genosse Jäger, das Wort zu seinem Vortrag über Militarismus und Sozialdemokratie. Genosse Liebknecht führte in seinem Vortrage im wesentlichen folgendes aus:

„Der Kampf ist der Vater aller Dinge“, dieser Satz des Griechischen Philosophen war der erste, der die dialektische Entwicklung in der Menschheitsgeschichte betonte. Jedes Wesen in Natur und Gesellschaft steht einer Umwelt gegenüber, mit der es den Kampf um Dasein führt. Dieser Kampf der von Selbstbehaltung und Selbstverwirklichungstrieb ständig neu verurteilt wird, bringt die Entwicklung in Natur und Gesellschaft hervor. Es entstehen dabei Gegensätze und Verbindungen in der Gesellschaft, die im Kampfe der einzelnen Gruppen unter sich und mit der Umwelt neue Gesellschaftsformen hervorbringt. Aber erst als die Menschen in der Lage waren, ihr Vorkrieg zu produzieren und Werkzeuge herzustellen zur weiteren technischen Verfeinerung ihrer Bedürfnisse, spitzten sich die Kämpfe, die bis dahin gegen die Natur gingen, auf gesellschaftliche zu. Jetzt hatten sie ein Interesse daran, sich gegenseitig um ihre aufgeschickerten Vorräte und Werkzeuge zu bewerben. Da tauchte auch das Bedürfnis nach einem besondern

Werkzeug für Kampf und Kampf

auf. Und dieses Werkzeug war die Waffe. Mit der wachsenden Arbeitsleistung wurde es zur Notwendigkeit, wohl aber über einer Gruppe die Führung dieses Werkzeuges zu überlassen. Diese Gruppen der Krieger wurden neben den Priestern meist die herrschenden Klassen, die die Ausbeutung an sich rißen. Im frühen Mittelalter sehen wir auch in Deutschland diese Entwicklung, deren Abbild mit dem deutschen Westfälischen des zusammengehörenden Krieges, Berufscharakter und Ausbeutungscharakter in der Beziehung „Mittelschicht“ in Ostelbien noch heute besteht. Die Kreuzzüge, die Eroberungen und weitere die Entbedungen der Seewege nach Amerika, Afrika und Indien brachte nun solche komplizierte Bewegungen und so rasche technische Fortschritte, daß die Grenzen der Erde durchbrochen werden mußten, um im wirtschaftlichen Austausch die Erzeugnisse der Kulturvölker auf steigender Höhe zu sichern. Diese Export- und Importhandelsbeziehungen machten in der kapitalistischen, auf Konkurrenz gegeneinander bestehenden Gesellschaft so stark wirtschaftliche Gegensätze unter den noch abgegrenzten Nationen mit sich, daß die kriegerische Bewegungen mit Notwendigkeit auftraten. Gegenwärtige Gegensätze waren das Zerbrechen dieser nationalen Umstände und harte Kämpfe waren die Folge dieser Bewegungen. In langer Folge führte aber nie die Sieger solcher fortwährenden Kämpfe nicht vor Augen, Klugheit die neuen Werkzeuge zu Lande, in Wasser und Luft, die uns die letzte Jahrzehnte gebracht haben, und was damit kam, wie das rasende Tempo der technischen Entwicklung Militarismus in sich selbst unmöglich zu machen beginnt. Die Herrschenden haben diesen Abgrund, aber sie können in der Konkurrenz der Nationen nicht zurück von der schiefen Bahn des ausbeutenden Wirtschaftens. Diese Kämpfe haben sich andererseits jedoch revolutionär stetig in anderen, die erst in den letzten Jahrzehnten dem Kapitalismus erschlossen worden sind. In der Türkei war es der moderne Militarismus, der den Aufbruch zur Revolution gab, und daß sich dies gegenwärtig in China. Aber auch die Frage, ob militärischen Rüstungen eine Notwendigkeit, eine kapitalistische Notwendigkeit, waren, gilt es zu untersuchen. Da die Rüstungen nicht im Verhältnis zu dem Wachstum des Handels stehen, ist wissenschaftlich erwiesen. Es ist sogar feststellbar, daß je größer die Rüstungen, desto langsamer wächst der Lebensbedarf vor. Nicht um den Wandel direkt zu fördern, sondern nur um unangenehme Konkurrenz zu vermeiden braucht man heute noch die riesigen Massen und die modernsten Waffen. In der Türkei werden die Bedingungen zu ihnen, nicht die Schranke ohne Ende, das Weltreich, wie es sich streben zu schließlich eine Grenze; eine andere aber früher an der Möglichkeit der Ausbringung von Geld, als und nochmals Geld, das bekanntlich zum Kriegszweck gehört. Und das Geld muß auch verwendet werden können als Wirtschaftsmittel, die Verfertigung und den Transport der Massen von Soldaten. Das Verhältnismäßigum weiß je besondere Bedeutung dieser Seite zu fassen. Es hält die Vertriebsbeamten, die Eisenbahner, in eigener

Disziplin nieder, aus Furcht vor einem Streik dieser Beamten, der nicht nur den Handel, sondern auch das Militärwesen mitsetzen würde. Die engen Beziehungen zwischen Vertriebsbeamten und Rüstungen illustrieren uns auch der Bahn von der Wandlung und der Bahndarstellung. In beiden Fällen haben die Bahnarbeiter der kapitalistischen Differenzen und Klassenkämpfe, die in einem ähnlichen Maße insofern Eisenbahner, legt in die Folge sogar zu einem Brudertrüge der kapitalistischen Art geführt haben. Aber selbst diese wichtigen Verlesensumstellungen werden die Rüstungen nicht zu solchen Machtverhältnissen zu gestalten, das daraus ihre kapitalistische Notwendigkeit hervorgeht. Es ist vielmehr Tatsache, daß

die Masse des Volkes diese Rüstungen bezahlen muß.

ohne jeden volkswirtschaftlichen Nutzen, während die Industrie-ökonomie abnehmend in der Folge ist, durch die Rüstungen nur neue Kapitalien aufzubringen, sondern auch noch ein neues Werkzeug der Ausbeutung, die Kapitalisten, für ihre Kapitalien in die Hände bekommt. Der Satz: „Rüstet zu den Kriegen, so rüfte zum Kriege“, ist in sein Gegenteil verkehrt. Denn die Rüstungen sind nachdrücklich an sich zur Kriegesgefahr geworden. Rumpelplattfabrikanten und Seewerkebetriebe aller Art sind eine Klasse, die — teils sogar mit verbrecherischen Mitteln — die Völker gegenseitig zum Morden antreiben. Die wilden Nachrichten werden von ihnen wie von der Krieges-herde an den Völkern, in die Welt getrieben, um Differenzen auszuheilen, die neue Kämpfe anzuregen. Die Rüstungen sind den vertriebsfähigen Völkern der Welt immer wieder ausbrechenden internationalen Streitigkeiten bereiten, wie die Rüstungen tatsächlich sein Friedensmittel sind, vielmehr eine ständige Krieges-gefahr in sich bergen. Nebenher gestalte hier klar, wie Weisheit sollwog durch seine neuerliche Erklärung gegen die Verständigung über die Rüstungen den Anlaß zu neuen Rüstungs-forderungen in England und Frankreich gegeben hat. Eine solche unaufrichtige Fortreibung der Rüstungen könnte von den niederen Volkskreisen nur unterführt werden, wenn sie mit den herrschenden Klassen einig wären. Aber die herrschenden Klassen, der Kapitalismus mit seinem Klassenkampf, politischen der Volksmassen zu, daß sie immer mehr mit sich gegen Kapitalismus und Militarismus erfüllt werden. Und je stärker dieser Satz, je besser die Auffassung der Volksmassen, desto mehr wird der Militarismus in sich zerlegt. Er muß unter der allgemeinen Verheißung des Volkes stehen wie es ist, mit all seinem Widerwillen gegen das heutige militärische System. Und diese Tatsache ist eine derjenigen, die den Militarismus von innen auslöscht, bis zum Zusammenbruch bringt. Die Sozialdemokratie fördert nach Kräften durch ihre sozialistische Auffassung diese Tendenz der inneren Schwächung des Militarismus. Und nichts wird daran energischer von den herrschenden Klassen bekämpft, als die Auffassung, die sich an die Jugend wendet, aus der sich die Soldaten rekrutieren sollen.

Aber nicht nur nach außen, auch nach innen soll der Militarismus und seine besondere Abteilung, die Polizei, der Schieber des Kapitalismus sein. Der innere Feind wird sogar ausdrücklich als der gefährlichste bezeichnet, der wir hat und Wut verjagt wird. Wollte kamte nach,

das Gesetz des Blutes.

Aber heute scheint man vergessen zu haben, daß das Bürgerrecht nur verhärteter daß empfinden kann. In Abseits, in Mensfeld und bei den Wehrdienstverpflichtungen hat man neben Polizeibehörden und Wehrmacht Gewehre, Kanonen und Dragoon mobil gemacht. Ganz wie bei uns geht es in Frankreich, der Schweiz, Amerika und anderen kapitalistischen Ländern. Doch der Militarismus braucht nach innen gegen Arbeiter, nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen die Arbeiter, die Gewehre, Kanonen und Dragoon mobil gemacht werden. Das hat er auch hier innere Widersprüche. Der Militarismus bringt nun, um sich zu behaupten, in das bürgerliche Leben ein, durch Jugendschule, Zuchtvereine, Wehrvereine und Wehrvereine, die Jugend zu schulen. Daneben wird der Militarismus noch als Streikbrecher und Konkurrenz für die freien Arbeiter. Er ist eben nach jeder Richtung ein Bedrohungs- und Ausbeutungsinstrument. Das muß dem Volke klar gemacht werden, unter besonderem Hinweis auf die Polizei, die da fordern, daß Soldaten auf Vater und Mutter schwören müssen. Das Volk muß verstehen, daß eine der heute auf Streikende und Demonstrierende folgen soll, morgen selbst Streikende und Demonstrierende sein kann, auf den der Militarismus losgelassen wird. Es muß allen klar gemacht werden, daß schon ganz offiziell in den Generalkassen nach Art des bürgerlichen Kriegesbuchs die Schulpflicht gegen die Arbeiterbewegung ausgesprochen sind. Und daß Offiziere bereit sind, Eidenswüre gegen den Arbeiterbewegung auszusprechen, das haben sie selbst bezeugt, indem sie sagten: Sie werden sich freuen, mal ebenfalls in die Quarantäne rumpelplatt zu können. So richtet sich der Militarismus in jeder Hinsicht gegen die Arbeiter, die ihn bezahlen müssen, die breiten Arbeitermassen. Aber darin liegt auch unsere Hoffnung. Denn sobald das Volk diese Wirklichkeit durchschaut hat, ist es zu Ende mit dem Militarismus. Doch er hat sich in letzter Zeit, wie bei den Reichstagswahlen 1887 und den Stimmzettelwahlen von 1907, als ein gefährliches Werkzeug eigener Art erwiesen. Man hat auch jetzt wieder — wie damals —, das im wesentlichen unbedeutend geblieben und gelöst werden ist, honorpatriotische Pflichten. Man will ein Kriegesgefahr als Bonaparte aufrufen, um durch Entfaltung militäristischer nationaler Geistes das Bürgertum in Massen an die Arnen zu bringen, was dann eine Hemmung des Fortschritts der Sozialdemokratie sein würde.

Also der Militarismus ist — wohin man blickt — ein Macht-mittel der Herrschenden. Die Sozialdemokratie war darum verpflichtet, gerade hierüber Aufklärung mehr wie über andere Erscheinungen zu verbreiten. Die brutale Gewalt, mit der gerade diese Aufklärung von den herrschenden Klassen verfolgt wird, beweist uns täglich, daß die Sozialdemokratie hier auf

dem richtigen Wege ist, zeigt uns aber gleichzeitig, daß sie noch viel mehr sein muß, damit das Volk endlich von der Geißel des Militarismus befreit wird.

Unter stürmischen Beifall beendigte Genosse Liebknecht sein 35minütiges, nur von einer kurzen Pause unterbrochenes Referat. Anträge wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende widmete dann noch den verstorbenen Landtagsabgeordneten Genossen Bornemann einen kurzen Nachruf. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren des dahingegangenen Volkshelden von ihren Plätzen. Mit einer Auforderung, die letzte Veranstaltung des Arbeiterbildungsvereins für diese Saison am Mittwoch, 28. April, recht zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Arbeiterkampf für Halle verboten.

Ein Gesetz niedriger Reichs. Dem Vorhaben des Arbeiterbildungsvereins auf seinen Antrag um Verbotung eines Umzuges für den 1. Mai folgender für Halle Polizei sehr feindseliger Bescheid zugegangen: Die unteren 10. d. M. beantragte Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges am 1. Mai d. J. wird verweigert, weil durch den Aufzug eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Abteilung II. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Kennt denn die Polizeiverwaltung das Weisheitsgesetz immer noch nicht? Daß sie es dauernd fehlerhaft auslegt, ist nachdrücklich im ganzen Lande bekannt. Aber daß sie den Wortlaut des Gesetzes immer noch nicht kennt, ist unempfindlich, um so mehr, da wir ihr doch im Vorjahr schon mitteilen, daß unsere Volksbewegung Weisheitsgesetz mit vorzüglichsten Kommentaren schon Polizeibeamten liefern kann. Aber auch in den Exemplaren, die der löblichen Polizei-Verwaltung offiziell geliefert werden, heißt es im § 7: Die Genehmigung, darf nur verweigert werden, wenn aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Im Falle der Verweigerung ist dem Veranstalter sofort ein förmlicher Bescheid mit Angabe der Gründe zu erteilen. Diesen letzten Satz beachtet der Polizeibeamte Weisemann einfach nicht. Er setzt sich wortlos über die Gesetzesvorschrift hinweg. Seine Erlöse von der gesetzlich besonders vorgeschriebenen Angabe der Gründe enthält sein Bescheid. Im vorigen Jahre wurde das Gesetz wenigstens noch förmlich befragt. Der Weisemann erklärte bekanntlich damals, daß Rattentum, Jüngel, Juchender und halbunwürdiger Gehulbe beiderlei Geschlechts bei solchen öffentlichen Umzügen Ausbreitungen begehen und damit die öffentliche Sicherheit gefährdet werden.

Nach unserer vorjährigen energischen Juridikweisung dieser Unterstellung hat Herr Weisemann diese „Gründe“ jetzt selbst bilden gelassen. Er wiederholt sie diesmal nicht. Wir quittieren dankend über diesen eigentlich so selbstverständlichen, aber für die halbesche Polizei immerhin verwunderlichen Hinweis. Aber wir fordern dafür andere „Gründe“! Derzeit mit ihnen, wenn man welche hat! Aber noch vor dem 1. Mai, damit, wenn keine Gründe da sind — was wir bestimmt erwarten, die Genehmigung des Umzuges noch rechtzeitig erfolgen

Leber die Gewerbesteuer in Halle.

und ihrem Umfang im Jahre 1907 enthält das Heft 14 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle drei Abschnitte, der erste behandelt die Begründung der Gewerbesteuer, der zweite die Steuerkraft und der dritte die Steuerleistung der Halleischen Gewerbe. Der Inhalt ist kurz folgender:

Eine genaue Finanzpolitik verlangt Kenntnis der Steuerquellen. Eine wichtige Steuerquelle sind die lebenden Gewerbe. Der Anreiz der durch die Gewerbesteuer aufgetragenen Steuerumlage hat in den letzten zehn Jahren für Halle 10—12 Prozent der gesamten kommunalen Steuern betragen.

Man hat nun die Gewerbesteuer als unerschöpfliche Doppelbelastung ein und desselben Einkommens bezeichnet, da auf dem Ertrage des Gewerbetreibenden sowohl die Einkommenssteuer als auch die Gewerbesteuer laien, während das Einkommen z. B. der Privatleute nur von der Einkommenssteuer betroffen wird. Es wird hierbei übersehen, daß zwischen der Leistung der Kommunen und der Förderung der Gewerbe nicht selten ein klar erkennbarer Zusammenhang besteht. So müssen die Gemeinden im Interesse der Gewerbe einmalige und fortlaufende Ausgaben aufbringen, wie z. B. erhöhte Straßenerhaltungskosten und erhöhte Kosten für Polizeiverwaltung und Feuerweh.

Genossenschaft tritt eine Belastung der Gemeinde durch die Großindustrie ein, die eine zahlreiche Arbeiterkraft benötigt, so daß die Ausgaben für Schulen und Armenwesen ganz bedeutend anwachsen. Eine besondere Besteuerung der Gewerbe ist daher berechtigt.

Die Steuerkraft der Halleischen Gewerbe ist nicht sehr groß. Nur 23 Prozent der zur Gewerbesteuer veranlagten Betriebe weisen einen jährlichen Ertrag von mindestens 4000 M. auf. Immerhin ist die wirtschaftliche Lage des Halleischen Gewerbes im Vergleich zu den übrigen Großstädten Preußens nicht ungünstig. Unter diesen nimmt Halle eine mittlere Stellung ein.

Die Steuerkraft der einzelnen Gewerbetreibenden ist sehr vertrieben. Von großem Einfluß ist hierbei der Umfang der Unternehmungen. Mit der Zunahme der Beschäftigten Personen geht eine Erhöhung der Steuerkraft Hand in Hand. Von den Baunternehmungen zahlten z. B. 1907 jeder Gewerbetreibende, dagegen in dem Reinigungs-gewerbe nur 4,5 Prozent Personen. Recht wenig Steuerzahlende weist auch das Damenkleiderhandwerk auf, nämlich nur 25 unter 600 Personen. Diese Erscheinung erklärt sich aus mannigfachen Gründen, auf die in der Arbeit des nächsten eingegangen wird.

Die bei weitem größte Zahl der steuerpflichtigen Unternehmungen befindet sich im Zentrum der Stadt, nämlich 2238 gleich 48 Prozent, im Norden liegen 1918 = 39 Prozent Betriebe und im Süden 1040 = 23 Prozent. Da diejenige Stadt

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 96

Halle a. S., Dienstag den 25. April 1911

22. Jahrg.

Gewerkschaftliches.

Der Buchdrucker-Verband im Jahre 1910.

Mit 98 Prozent der Buchdrucker- und Buchbindergewerbe beschäftigten Gesellen als Mitglieder überhand, folgte die Buchdruckerorganisation des Jahr 1910. Der effiziente Mitgliederstand im Jahre 1910 betrug 200600 überhand damit die Jahre 1909 und 1908. Seit der letzten Generalversammlung ist die Mitgliederzahl um 8955 Mitglieder gestiegen, der Verband zählte am Jahresabschluss 62514 qualifizierte Buchdrucker. Die arbeitsfähig nimmt sich dagegen der Gesamtbestand um mit seinen 3045 Mitgliedern aus, jene annehmende „Konkurrenzorganisation“ unter ähnlichem Protokoll!

Auch der Wirtschaftszweig des Tarifvertrages hat sich wesentlich erweitert. 7331 tariffreie Firmen und 61617 tariffreie Gesellen wurden in 243 Druckereien gezählt, was gegen den Verband der Tarifgemeinschaft seit dem Jahre 1897 ein Wachstum um 17000 Druckereien, 43287 Gesellen und 1624 Druckstellen bedeutet.

Die rapiden technischen Fortschritte im Gewerbe — besonders die fortschreitende Einführung der Segmaschinen — werden am besten dadurch illustriert, daß im Berichtsjahre 379 neue Segmaschinen in Betrieb gestellt wurden und die Zahl der Maschinenjener um 472 zugenommen hat, so daß am Schluß des Berichtsjahres 3403 Segmaschinen im Betrieb standen, an denen 4146 Arbeitstätige tätig waren.

Die Geschäftslage in Gewerbe hat sich im Berichtsjahre gegenüber den Vorjahren etwas gehoben, trotzdem ist die Arbeitslosigkeit ein ziemlich hohe. Für 1910 betrug sie 4,58 Prozent gegen 5 Prozent im Jahre 1909 und 4,65 Prozent im Jahre 1908. Der Verband hatte nämlich 2778 Arbeitslose, für 1013870 Arbeitstätige waren Unterhaltungen zu zahlen, das will besagen, daß die Bierbeermasse um 43 Prozent den Durchschnitt der Arbeitslosigkeit aller Gewerbe in Deutschland übersteigt. An Orts- und leitender Unterhaltungen wurden 1189 121 Mt. gezahlt. Die Ausgaben für Unterhaltungen zeigen den Verband auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit. Während in der Zeit von 1905—1907 alle Unterhaltungsgegenstände eine Ausgabe von 592 800 Mt. nötig machten, veranschlagte die Jahre 1908—1910 die Gesamtsomme um 794 700 Mt. Die Zahl der Anträge hing von 762 auf 808. Den 3557 283 Mt. an Einnahmen in der Hauptklasse im Jahre 1910 belien 2 800 533 Mt. Ausgaben gegenüber. Das Verhältnis des Verbandes erhöhte sich von 7580 671 Mt. auf 8203 861 Mt. Der Lebenszweig befaßte sich auf 676 600 Mt. gegen 622 296 Mt. im Jahre 1909.

Der Vorstand beauftragt die Mitglieder zur größten Vorsicht an den Maschinen, die in den Gewerbe sich stark häufen.

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1910.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat im verflochtenen Jahre außerordentlich erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg um 141 024 zu Beginn auf 167 007 am Ende des Jahres. Das ist eine Zunahme um 20 073 oder rund 16 Proz. Von den Mitgliedern waren 20 516 weiblichen Geschlechts.

Die Einnahme der Hauptklasse betrug (ohne den Kassenbestand) 3 117 481 Mt. gegen 2 482 598 Mt. im Jahre 1909. Dieser Einnahmehöhe von rund 600 000 Mt. wurde jedoch fast völlig durch die gleichzeitige Steigerung der Unterhaltungsgegenstände, namentlich der Streifenunterhaltung, wieder ausgeglichen.

Die Gesamtsumme der Unterhaltungen betrug nämlich 2 114 467 Mt. gegen 1 668 887 Mt. im Jahre 1909. Außerdem wurden noch für Gewerkschaftsunterstützung 43 000 Mt. für Sterbegeld 32 676 Mt. verausgabt.

Außer den hier angeführten wurden noch erhebliche Summen an Unterhaltungen aus lokalen Mitteln gezahlt. So z. B. 94 029 Mt. Streifenunterhaltung, 30 312 Mt. Vorlagenunterstützung u. s. f. Die Ausgabe der Hauptklasse betrug insgesamt 3 085 501 Mt. der Einnahmeüberschuss mithin 31 986 Mt. Das Vermögen der Hauptklasse betrug 1 504 768 Mt.

In den Totalklassen waren noch 606 921 Mt. vorhanden. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug mithin 2 111 684 Mt.

Die Lohnkämpfe des Verbandes hatten sehr günstige Resultate. Die Zahl der Lohnkämpfe, die ohne Streit zu Ende geführt werden konnten, betrug 27, die sich auf 503 Betriebe mit 44 708 beschäftigten Personen erstreckten. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde für 30 072 Personen erreicht. Und zwar für 8958 Personen Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 20 845 Stunden pro Woche und für 32 064 Personen Lohnerhöhung um insgesamt 50 980 Mt. pro Woche. Die Zahl der Streiks und Ausperrungen, an denen Verbandsmitglieder allein oder in wesentlicher Anzahl beteiligt waren, betrug 122; davon 74 Angriffe und 40 Abwehrkämpfe und 8 Ausperrungen. Die Zahl der beteiligten Personen betrug 18 591, die sich auf 1871 Betriebe verteilten. Von den Streiks und Ausperrungen endeten 69 mit vollem, 51 mit teilweisem und 28 ohne Erfolg. Erreicht wurde für 3061 Beschäftigte Verkürzung der Arbeitszeit und für 8648 Beschäftigte Erhöhung der Löhne. Die Gesamtzahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge betrug am Jahresabschluss 175. Diese Verträge umfaßten 308 Betriebe mit 20 906 Beschäftigten.

Die allseitig erfreuliche Entwicklung des Verbandes hält im laufenden Jahre an. Vor einigen Wochen schon betrug die Mitgliederzahl 175 000, zurzeit dürfte sie 180 000 erreicht, wenn nicht Übertragungen wären. Wenn man bedenkt, daß der Verband der Fabrikarbeiter die ungelerten, meist schlecht entlohnenden Arbeiter zu organisieren, also ein sehr heikles Feld zu bearbeiten hat, ist diese prächtige Vormarsentwicklung doppelt erfreulich.

Der Tarifkampf in der Chemnitzer Metallindustrie hat jetzt zu Verhandlungen geführt, die nach gegenseitiger Verständigung der kämpfenden Parteien am Freitag begonnen haben.

Es sind zunächst je aus fünf Mann bestehende Kommissionen aus den Reihen der Unternehmer und der Arbeiter gewählt und zusammen getreten.

In der Verhandlung stellte sich jedoch nach kurzer Zeit die Notwendigkeit heraus, von der Organisation Berater hinzuzuziehen, was darauf auf beiderseitigen Wunsch erfolgte. Vom Metallarbeiterverband nahmen als Berater an den Verhandlungen der erste Vorsitzende Schlichte in Stuttgart und der Bezirksleiter Haack in Dresden teil.

Die Textilarbeiter-Ausperrung in Hof i. V.

Die Textilindustrie in Hof i. V. scheint sich weiter auszudehnen. Die Textilindustriellen sollen beschließen, das Augsburger Industriegebiet in die Ausperrung mit hineinzuziehen, wenn die Arbeiter in Hof nicht auf ihre Forderungen verzichten und beibehalten die Arbeit wieder aufnehmen. Der Anlaß zu diesem Kampfe wurde in drei Webereien gegeben.

In diesen Webereien bestand der freie Sonnabend-Nachmittag, in dem ein Betrieb seit dem 1. Januar 1910 und in den anderen Betrieben seit dem 1. Oktober 1910. An dem Sonnabend-Nachmittag wurde die Arbeit verweigert, was die Arbeiter am Sonnabend-Nachmittag weiter arbeiten sollten. Durch Anschlag in den Fabriken wurde bekanntgegeben, daß am Sonnabend-Nachmittag gearbeitet wird. Die Arbeiter haben daraufhin an drei Sonnabend-Nachmittagen die Arbeit verweigert, worauf dann am 21. März die Arbeiter in den drei Betrieben ausgesperrt wurden. Am 3. April erfolgte dann die Ausperrung in weiteren fünf Webereien und am 18. April die Ausperrung der Arbeiter von drei Spinnereien. Insgesamt sind 4800 Arbeiter ausgesperrt. Wenn die Ausperrung weiter von den Industriellen durchgeführt wird, so wird sich die Zahl der Ausperrten auf 15000 erhöhen.

In der Tat ist der Süddeutsche Textilindustriellen-Verband der Treiber in diesem Kampfe. Die Ausperrung ist ein Willkürakt einer Monarchie wegen. Die Unternehmer behaupten, durch den freien Sonnabend-Nachmittag würde die bayerische Textilindustrie schwer geschädigt. Dabei haben aber 31 Aktien-Gesellschaften neben überaus hohen Abschreibungen immer noch während der Zeit von 1905 bis 1909 pro Jahr eine Durchschnittsdividende von 13,78 Prozent an die Aktionäre gezahlt. Die bayerische Textilindustrie hat geradezu glänzende Geschäfte gemacht.

Bei den Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit waren es die Textilindustriellen, denen alle Günstigkeit abging und die nur schwer geringfügige Verkürzungen der Arbeitszeiten ausbehalten.

Für die Textilarbeiter ist der freie Sonnabend-Nachmittag ein notwendiges Bedürfnis, weil über 200 000 verheiratete Frauen in der Industrie beschäftigt sind.

Achtung, Holzarbeiter!

Nach Hamburg sind am Sonnabend größere Tausende Arbeitswillige aus Berlin, Hannover und anderen Großstädten eingetroffen, die den Holzindustriellen Mannevillearbeiten leisten sollen. Steht der Streik in Hamburger Holzgewerbe auch für die Arbeiter im allgemeinen durchaus günstig, muß doch strengstens auf Fernhalten des Zuspruchs geachtet werden, um den vollständigen Sieg der Holzarbeiter baldigt herbeizuführen.

Auch von der französischen Holzarbeiterorganisation wird über den Zugang deutscher Holzarbeiter nach Paris nachgesehen. Es wird gebeten, streng darauf zu achten, daß keine deutschen Holzarbeiter als Streikbrecher nach Frankreich gehen.

Holzbewegungen im Tapezierergewerbe.

Die Holzbewegungen im Tapezierergewerbe sind zum größten Teil erledigt, und zwar allgemein zugunsten der Arbeiter. In 16 Städten wurden Tarifverträge für jetzt 5800 beschäftigte Gesellen vereinbart. In fünf Städten kam es nicht zu einem Korporationsvertrag, wohl aber zu Einzelverträgen mit den Arbeitgebern. In fünf weiteren Orten beendigten die bisher gepflegten Verhandlungen zu der Hoffnung, daß aus ihrer Tarife zustande kommen. Während in einigen Orten die Vereinbarung ohne jeden Aufwand herbeigeführt werden konnte, schwebte es in anderen Fällen erst eines Streiks, um die Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen zu nötigen. Die bisher erzielten Lohnbewegungen bringen eine wesentliche Besserung der Arbeitszeit. In Berlin ist die stündliche Arbeitszeit anerkannt, 1913 tritt eine weitere Verkürzung auf 49 Stunden pro Woche ein. In Hamburg wird die bisher stündliche Arbeitszeit halftägig auf 51 Stunden verkürzt. Diese beiden Orte umfassen etwa 1/4 aller Berufsangehörigen. In Danzig, Magdeburg, Altona und Braunschweig wurde eine stündliche, in Mannheim die stündliche Arbeitszeit festgelegt. In Göttingen, Elmstedt, Rana, Chemnitz, Wiesbaden, Düsseldorf, Bielefeld, Brandenburg, Gelsenkirchen und Pommern u. s. w. liegt die stündliche Arbeitszeit bei 48 Stunden. In Freiburg im Breisgau beträgt die Arbeitszeit noch 57 Stunden pro Woche inkl. der Rausen. Diese Allotriebe bedeuten für einzelne Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3—6 Stunden pro Woche. Die Mindestlöhne erfahren in allen Orten eine wesentliche Erhöhung. Am Streik stehen noch die Tapezierer in Kiel, Lübeck, Erfurt, Königsberg, Tilsit, Elberfeld, Altona, Guben und Regensburg.

Die Holzbewegungen im Tapezierergewerbe sind zum größten Teil erledigt, und zwar allgemein zugunsten der Arbeiter. In 16 Städten wurden Tarifverträge für jetzt 5800 beschäftigte Gesellen vereinbart. In fünf Städten kam es nicht zu einem Korporationsvertrag, wohl aber zu Einzelverträgen mit den Arbeitgebern. In fünf weiteren Orten beendigten die bisher gepflegten Verhandlungen zu der Hoffnung, daß aus ihrer Tarife zustande kommen. Während in einigen Orten die Vereinbarung ohne jeden Aufwand herbeigeführt werden konnte, schwebte es in anderen Fällen erst eines Streiks, um die Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen zu nötigen. Die bisher erzielten Lohnbewegungen bringen eine wesentliche Besserung der Arbeitszeit. In Berlin ist die stündliche Arbeitszeit anerkannt, 1913 tritt eine weitere Verkürzung auf 49 Stunden pro Woche ein. In Hamburg wird die bisher stündliche Arbeitszeit halftägig auf 51 Stunden verkürzt. Diese beiden Orte umfassen etwa 1/4 aller Berufsangehörigen. In Danzig, Magdeburg, Altona und Braunschweig wurde eine stündliche, in Mannheim die stündliche Arbeitszeit festgelegt. In Göttingen, Elmstedt, Rana, Chemnitz, Wiesbaden, Düsseldorf, Bielefeld, Brandenburg, Gelsenkirchen und Pommern u. s. w. liegt die stündliche Arbeitszeit bei 48 Stunden. In Freiburg im Breisgau beträgt die Arbeitszeit noch 57 Stunden pro Woche inkl. der Rausen. Diese Allotriebe bedeuten für einzelne Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3—6 Stunden pro Woche. Die Mindestlöhne erfahren in allen Orten eine wesentliche Erhöhung. Am Streik stehen noch die Tapezierer in Kiel, Lübeck, Erfurt, Königsberg, Tilsit, Elberfeld, Altona, Guben und Regensburg.

Die Holzbewegungen im Tapezierergewerbe sind zum größten Teil erledigt, und zwar allgemein zugunsten der Arbeiter. In 16 Städten wurden Tarifverträge für jetzt 5800 beschäftigte Gesellen vereinbart. In fünf Städten kam es nicht zu einem Korporationsvertrag, wohl aber zu Einzelverträgen mit den Arbeitgebern. In fünf weiteren Orten beendigten die bisher gepflegten Verhandlungen zu der Hoffnung, daß aus ihrer Tarife zustande kommen. Während in einigen Orten die Vereinbarung ohne jeden Aufwand herbeigeführt werden konnte, schwebte es in anderen Fällen erst eines Streiks, um die Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen zu nötigen. Die bisher erzielten Lohnbewegungen bringen eine wesentliche Besserung der Arbeitszeit. In Berlin ist die stündliche Arbeitszeit anerkannt, 1913 tritt eine weitere Verkürzung auf 49 Stunden pro Woche ein. In Hamburg wird die bisher stündliche Arbeitszeit halftägig auf 51 Stunden verkürzt. Diese beiden Orte umfassen etwa 1/4 aller Berufsangehörigen. In Danzig, Magdeburg, Altona und Braunschweig wurde eine stündliche, in Mannheim die stündliche Arbeitszeit festgelegt. In Göttingen, Elmstedt, Rana, Chemnitz, Wiesbaden, Düsseldorf, Bielefeld, Brandenburg, Gelsenkirchen und Pommern u. s. w. liegt die stündliche Arbeitszeit bei 48 Stunden. In Freiburg im Breisgau beträgt die Arbeitszeit noch 57 Stunden pro Woche inkl. der Rausen. Diese Allotriebe bedeuten für einzelne Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3—6 Stunden pro Woche. Die Mindestlöhne erfahren in allen Orten eine wesentliche Erhöhung. Am Streik stehen noch die Tapezierer in Kiel, Lübeck, Erfurt, Königsberg, Tilsit, Elberfeld, Altona, Guben und Regensburg.

Die Holzbewegungen im Tapezierergewerbe sind zum größten Teil erledigt, und zwar allgemein zugunsten der Arbeiter. In 16 Städten wurden Tarifverträge für jetzt 5800 beschäftigte Gesellen vereinbart. In fünf Städten kam es nicht zu einem Korporationsvertrag, wohl aber zu Einzelverträgen mit den Arbeitgebern. In fünf weiteren Orten beendigten die bisher gepflegten Verhandlungen zu der Hoffnung, daß aus ihrer Tarife zustande kommen. Während in einigen Orten die Vereinbarung ohne jeden Aufwand herbeigeführt werden konnte, schwebte es in anderen Fällen erst eines Streiks, um die Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen zu nötigen. Die bisher erzielten Lohnbewegungen bringen eine wesentliche Besserung der Arbeitszeit. In Berlin ist die stündliche Arbeitszeit anerkannt, 1913 tritt eine weitere Verkürzung auf 49 Stunden pro Woche ein. In Hamburg wird die bisher stündliche Arbeitszeit halftägig auf 51 Stunden verkürzt. Diese beiden Orte umfassen etwa 1/4 aller Berufsangehörigen. In Danzig, Magdeburg, Altona und Braunschweig wurde eine stündliche, in Mannheim die stündliche Arbeitszeit festgelegt. In Göttingen, Elmstedt, Rana, Chemnitz, Wiesbaden, Düsseldorf, Bielefeld, Brandenburg, Gelsenkirchen und Pommern u. s. w. liegt die stündliche Arbeitszeit bei 48 Stunden. In Freiburg im Breisgau beträgt die Arbeitszeit noch 57 Stunden pro Woche inkl. der Rausen. Diese Allotriebe bedeuten für einzelne Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3—6 Stunden pro Woche. Die Mindestlöhne erfahren in allen Orten eine wesentliche Erhöhung. Am Streik stehen noch die Tapezierer in Kiel, Lübeck, Erfurt, Königsberg, Tilsit, Elberfeld, Altona, Guben und Regensburg.

Wendungen über Gewerkschaftskämpfe.

Zum Kampf im Lafagegebiet Mannheim-Ludwigsbafen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hat sich mit Erfolg bemüht, neue Verhandlungen zwischen den Parteien anzubahnen, die nun unter liechem Vorhange stattfinden. Die erste Sitzung fand bereits am Freitag nachmittag statt, trat aber unüberwindlichen Charakter. Am Montag, den 21. April, lag über die Vertreter der Transporthändler und der Maschinen- und Geier schließlich der Schlichter verhandelt werden. Es ist zu einer Einigung kommt, ist allerdings noch fraglich, da sich die Unternehmer in der Sitzung am Freitag sehr zurückhaltend zeigten. Am Dienstag wird für die Vollrechte verhandelt.

Bei der Konfektionsfirma Müller & Hellersdorf in Jittan stehen die Schneider, Müller und Schneider seit 8 Tagen wegen Lohnrückstellungen im Zustand. Die Firma sucht in auswärtigen bürgerlichen Blättern Streikbrecher. Sie verbringt Löhne, die weit über die zuerst an die Ausständigen gezahlten hinausgehen, hält ihre Betriebe nachher aber nicht. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Sadduzäer von Amsterd.

Novelle von Karl G. H. L. W.

10) Daß sich Irließe Nechmen änderte, sah man bald, denn er war von Epähren ungenut und machte kein Wohl daraus, daß er alls Venangeneute. Zum dritten Male Apollat, wozu er die Geschwänfel des Rechts und des Unrechts beiseite, suchte die alten Weisen wieder hervor, die über den Zusammenhang menschlicher und göttlicher Dinge in alten und neuen Zeiten geschrieben haben, suchte den Umgang freidenkender Männer unter Juden und Christen, und begann auch, die Heiligkeit seiner Reden wieder niederzuschreiben. Die Furcht und Verneinung, die sonst bei ihm diese Beschäftigung begleitet hatte, war jänzlich gewunden; er war zu einem Betreue zurückgekehrt, den er ungenut aufgegeben und jetzt durch die Anfechtungen derselben erst recht liebgewonnen hatte. Jede Entscheidung, die er machte, sonst die Heilade zu nachfolgenden trüben Einnahmen, erfüllte ihn jetzt mit einer Freude, die den glücklichen Zustand nachahmte. Wie hätte dies alles können verbergen bleiben! Menschenliche Gerichte liefern über Irließe neue Sinesänderungen; er sollte nicht und da eine Heremonie des jüdischen Kultus lächerlich gemacht, eine ober die andere seiner Hauptbeschäftigungen in Zweifel gezogen haben, auch wurde er, wie zur rechten Zeit, von allen Seiten, nie nicht im Tempel gesehen. Irließe überlebte die Erbanone, der dem Aretisprudenzmiste vorgelesen, hatte sogar selbst Gelegenheit, sich von neuen Verändern des unüberwindlichen Vorurteilen zu überzeugen. Er war in seine Furcht mit einer geistlichen Handlung, welche die orthodoxen Gelehrten verlangte, beschäftigt. Irließe trug den seinen Vollzug hinauszut, fand er den Maschinen dabei, wie er seinen jüngsten Bruder und mehreren anderen im Zimmer verammelten Knaben eine Vorlesung der Talmudischen Sittenlehre anstenderte. Einer der Knaben hatte um zu beweisen, die Freilich der Verlegenheit und die Stogtete sich im Menschen offenbar, dem Vierter hinterbrachte, daß ein Kamerad von ihm nicht schon Dinge, die das Gelebe des Stogtelien verbietet, häufig zu nennen, und daß er an der Erwählung derselben ein Verlangen hätte. Der Vierter lachte unüberwindlich und sagte er gerade, als Irließe herintrat, „es ist vor Welt eine größere Tugend, die eine Verkürzung recht oft vorzunehmen und ihr zu widerstehen, als sie gänzlich von sich entfernt zu halten.“

Als die Knaben nun das Zimmer verlassen hatten, schlug Irließe, vertraulich und zum Zwecke aufgelegt, dem Knaben auf die Schulter und sagte: „Nun will ich Euch jungen, schwerwiger Meister, daß ich heute weder Christ noch Jude bin. Die Christen haben das selbe Verlangen, das Ihr aus dem Talmud erzwängt, sie setzen auf das, was ich heute mit Euch hier in der Welt zu setzen und rein wieder aufzuheben, als vor vorsehen der Verkürzung aus dem Wege zu gehen. Aber welche ein absichtlicher, heuchlerischer Glaube ist doch das! Ist der Adel der Seele da nicht größer, wo man die Sünde meidet, als da, wo man sie nur deckt? Die Sünde heranzuführen kann nur der, der aus der Tugend ein Geschäft macht und die Tugend soll doch im Gegenteil ein angehöriger Trieb ein aus dem Innern hervorquellender freier Ertrag der Liebe sein. Wer sich aus freien Stücken mit der Sünde in einen Kampf einläßt, um seine Stärke zu zeigen, hat die Intelligenz des Gemütes schon verloren; und was kann größere Tugend sein, als ein reines Herz haben? Der Knabe blühte zu Irließe hinauf mit einem durchdringenden Blick und berief das Zimmer, eine Drohung in seinen großen Bart murrend.

Judith teil alle ihre Kraft auf, jetzt mit dem Geliebten in gleichen Schritte zu bleiben. Die Warnungen, die man ihr zukünftiger, überdies sie, sie unterließ es sogar, offensichtliche Verwundungen, die man gegen Irließe verbreitete, zu mildern; denn sie glaubte jetzt alles an ihm entschuldigen zu können. Sie fühlte sich mutiger, erhabener als alle, seitdem sie die Vertraute eines starken Geistes geworden war. Doch wie oft überdies sie sich wieder auf einer Schwäche! Es gab Augenblicke, wo sie ganz in ihre natürlichen Anlagen zurückfiel und vom Aussehen der öffentlichen ihrer Lage fäher gebildet wurde. In zu kurzer Zeit hatten ihre Entschlüsse reifen sollen, zu schnell war ihr Inneres heranzugewachsen worden an die rauhe Seite des Lebens. Ein weibliches Herz vermag vielleicht größeren Schmerz zu ertragen als das männliche, doch es ist allmächtiger an Leidensfähigkeit. Bei Judith kam alles ohne Vorbereitung; sie sollte lieben, hoffen, bestehen, stehen, fast in demselben Momente, die Maßlosigkeit, die sie empfing, durchkreuzten sich, ja sie erlidiert oft, wenn sie einen Weibergang zum Handeln hätte, das ihr nicht immer zuerst Liebe einfiel.

Aber noch waren viele alte Dinge, die sie der Zukunft, deren veränderten Umständen sie entgegengehen. Noch lag Judith neben Irließe und blickte aufmerksam den Mittelungen, die dieser seither mit seiner Furchtschleife abwechselte sich. Sie hatten sich beide durch die Erwählung dazu genötigt, das Wort gegeben, ihre Liebe nicht ein für allemal zu halten, sondern sich alles zutun zu lassen, was das wechselseitige Zu-

einanderangehen erleichterte, selbst wenn es Verleher über ernste Fragen war. Irließe fand darin nichts Verleheres; denn er sagte zu sich selbst: „Ist die Liebe da, um den Menschen zu beglücken, so ist sie auch da, um ihn zu verberden. Man sollte nur den Lieben, von dem man sagt, daß er über uns steht, Danksagen, die seine Handlung nicht um zu sich sind, so hoch unter Herzen weiter, unsere Augen heller und unsere Gedanken tiefer werden.“ Deshalb machte er Judith zur Vertrauten seiner Studien, er bemühte sich, sie von ihren Vorurteilen zu befreien, um auf diese Weise ihre Meinung für sich zu haben. Aber der Klug dieser Entscheidung in der Liebe, die schon in manchen Qualitäten betrog, dachte auch ein einzelfaßliches. Jedes Weib hat vielleicht Lust, ihre Ehre zu überdies, aber die Intelligenz kann nicht so werden. Den Trost, der den Mann, der Welt gegenüber nicht verläßt, kennt sie nicht, sie empfangt ihn nur durch ein Weib, das seine Wirkung verleiht, selbst es seine Handlung nicht um zu sich sind, so hoch unter schaff, dienen die Frauen, auf denen er zu ihnen empfinden, doch welches Weib hätte sich, wenn sie je einer außerordentlichen Bildung teilhaftig wurde, durch Mittelglieder emporen gelassen? Es waren immer nur vollendet, schon fertig, vom Schmutz des Aufbaus und Aufstehens gereinigte Gedanken, die sie in sich aufnahm, und die sie dann auch nicht zu verteidigen verstand. Hier brach sich Judiths Reife, hier blieb sie hinter Irließe zurück, und je weiter er sich von ihr entfernte, je mehr er ihr von solchen Ideen, für sie unüberwindlichen und unüberwindlichen Ideen, auslag, desto unglücklicher wurde sie. Sie war in dem Zustande, daß sie gleichsam fern während die Hände nach ihm ausstreckte, und ihn ersuchte, mit ihr Erbarmen zu haben. In dieser Art über Liebe sie ihm doch.

Irließe sah von dem allen nichts. Angestört auf seinem Gemüte, erdachte, Judith sich mitteilen zu können, was alles, was an ihm bestridig sein wollte. Mehr bedurfte es nicht; denn der Zukunft sah er jetzt unerschrocken entgegen. Er war auf den äußersten Fall gerüstet, und der äußerste Fall konnte ihn an derer sein, denn er schon erlebt hatte. Sein Aul unter den Geliebten nahm immer mehr zu; er hatte es sogar gewagt, eine eigene Schrift zu veröffentlichen, in der er den Knappen die Beilich der Liebe bot und all die Güte, die ihm teuer, sie verbrachten, schon vorgegenommen hatte, auf neue als seine Ueberzeugung proklamierte. Möglich konnte er täglich einen neuen Genialitätsertrag der Sinaone erwarten; doch zeigte diese noch, weil sie Irließes über von ihm hoffte, um ihm dann gänzlich in den Sünden zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Der Streit auf dem Glühbirnenwert der Firma Bergemann in Berlin nähert sich seinem Ende. Auf Veranlassung der Direktion verhandelte ein Kommissionsmitglied der Direktion zur Beilegung des Streits. Die Verhandlungen zogen sich sehr lange hin, wurden auch noch nicht zu Ende geführt, sollen aber am Montag fortgesetzt werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Verhandlungen ein Resultat zeitigen werden, das beide Seiten befriedigen wird.

Aus den Nachbarkreisen.

Ein aufgewagener Kampf!

Der Bergarbeiter in mitteldeutschen Braunkohlengruben beschließen.

In der Tarifbewegung im Braunkohlensbergbau des Reichs-Weißenseiler-Altenburger Meisters haben in der vergangenen Woche die Verhandlungen der Arbeiterschüsse und Betriebsratskommissionen auf fast allen Werken stattgefunden. Das Ergebnis war, wie vorauszusagen war, in der Regel ein negatives. Ein Teil der Betriebsverwaltungen erklärte, daß auf Grund des eingeleiteten Tarifvertrages weitere Verhandlungen nicht möglich wären. Der Vertrag ist durch die Antwort der Betriebsverwaltungen und die Befestigung auf den Werken abgelehnt. Es sei im Verlaufe unmöglich Tarifverträge abzuschließen. Eine Lohnreduzierung sei auch nicht angedacht. Da der Verrechnungspreis des Zinkblates in den letzten zwei Jahren um zehn Mark pro Doppeltonne (10 Tonnen) herabgesetzt sei. Andere Verwaltungen erklärten, daß die Fortsetzung im Tarifverträge zu weit gingen, die Bedingungen sollten den Vertrag zurückziehen, dann könnte zu dieser und jener Frage erneut Stellung genommen werden. Die Verwaltungen der Niedersächsischen Montanwerke angehörenden Gruben nahmen die Forderungen und Wünsche entgegen und sagten, daß sie sich erst mit der Generaldirektion in Halle in Verbindung setzen müßten und sollen die Arbeiter später Antwort haben. Auf einigen Werken wurden zu diesem Zwecke am Donnerstag, den 27. April eine erneute Sitzung abgehalten. Wieder andere Werke lebten jedes Verhandeln ab und erkannten die Betriebsratsvertreter nicht an. Einige kleinere Werke machten kleinere Zugeständnisse in der Lohnfrage, der Tarifvertrag wurde aber abgelehnt. Das Schlußergebnis ist nunmehr folgendes: **„Alle von den Arbeiterorganisationen und den Betriebsräten bzw. den Ausschüssen unternommenen Versuche, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, müssen als gescheitert betrachtet werden.“** Die Vone hat sich durch die ablehnende Haltung der Betriebsverwaltungen wesentlich verschärft. Die Arbeiter und deren Organisationen haben alles getan, was in ihren Kräften stand, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, der Verband der Braunkohlens-Industriellen hat es jedoch anders beschloffen. Von dieser Seite aus wird einfach bestimmt, daß Tarifverträge einfach nicht anerkannt werden und die kleinen Werke müssen gehorchen. Was fragen die Braunkohlensindustriellen danach, ob bei einem eventuellen Kampfe einige kleinere Werke zu Grunde gehen. Für die Wägen gibt es nur ein Gesetz und dieses lautet: Der Herrentanpunkt muß hoch gehalten werden.

Aus ist bekannt, daß manches kleine Werk mit den Arbeitern Frieden schließen möchte, die Verwaltungen dürfen aber nicht auf der Grundlage des Tarifvertrages verhandeln, weil der Unternehmer-Verband dies verboten hat. Unter keinen Umständen Anerkennung der Arbeiterorganisationen und der Tarifverträge, denn dies würde der Ruin der Braunkohlens-Industrie sein, und so ähnlich lauten die Beschlüsse des Unternehmer-Verbandes in der hiesigen Kreis. Weiter wird, wie bereits berichtet, gesagt, daß noch große Kohlenwerke vorhanden wären und daß die Arbeiterführer den Arbeitern einen schlechten Dickschiff erwiesen, wenn sie jetzt in den Streit eilten. Hinter den Braunkohlensgrubenbesitzern ständen die gesamten Grubenbesitzer Deutschlands.

Gegenüber beratigen Beschlüssen ist nun gesagt, daß den Arbeitern längst bekannt ist, daß fürsich eine Konferenz sämtlicher Grubenkapitalisten getagt hat und dort beschlossen wurde, daß unter keinen Umständen Tarifverträge abzuschließen seien, denn diese wären im Vergleich nicht durchführbar. Es steht weiter aber auch fest, daß die Arbeiter auf sich heraus an die Organisationsleistungen heran getreten sind, damit endlich in der Lohnfrage etwas geschähe. Von einer Verbesserung der Arbeiter kann hier nicht geredet werden: wenn die Organisationsleiter dann die Wünsche der Arbeiter formuliert und vertreten haben, so haben sie nur ihre Pflicht erfüllt. Das Aufsehen der Arbeiter bezogen die Unternehmer selbst, sie brauchen die Schuld fremd an dem in die Schuhe schieben. Im übrigen will man durch beratige Beschlüssen nur die Öffentlichkeit irren führen und die Arbeiter hänge machen. Letzteres dürfte schwerlich gelingen, und daß die Öffentlichkeit über die wirkliche Sachlage aufgeklärt wurde, freigegeben werden. Es die gesamte Öffentlichkeit weiß längst, daß die Unternehmer an der nun eintretenden Verschärfung des Kampfes schuld sind. Wenn die Unternehmer wirklich den Frieden wollen, dann ist es jetzt höchste Zeit, daß sie einlenken und mit den Organisationsvertretern in Verhandlungen eintreten. Die Arbeiter sind es leid, sich noch länger einhalten zu lassen, die notwendigen Vorbereitungen zum Kampfe sind von den Organisationen getroffen und werden die Arbeiter den ihnen aufgewagenden Kampf zu führen wollen. Daß dies keine leeren Reden sind, beweisen die in den letzten Tagen stattgefundenen Konferenzen und Versammlungen. Überall zeigte es sich, daß die Arbeiter mit Spannung der kommenden Dinge harren und daß sie lieber heute als morgen den Kampf beginnen möchten.

Die entscheidende Konferenz fand am gestrigen Sonntag, den 28. April in Zeit statt. Die Organisationsleistungen berichteten über das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen. Die Zusammenfassung ergab, daß das Resultat betriebsmäßig sei.

Es wurde schließlich einmütig beschlossen, daß auf den Werken mit vierstündiger Schichtarbeit die Kündigung am Montag, den 24. April der Beginn der Tageslohn eingeleitet werden soll. Auf den Werken, wo nur eine einwöchentliche Kündigung besteht, wird die Kündigung eine Woche später eingeleitet. Die Kündigungen wurden erlaubt, die angekauften und noch nicht bearbeiteten Verhandlungen weiter zu führen. Schließlich wurden noch eine Reihe organisatorischer Fragen für den bevorstehenden Kampf behandelte und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Auf Sonntag nachmittag waren im ganzen Reich mehrere Versammlungen einberufen, die alle äußerst kurz besetzt waren und einen geradezu imponierten Verlauf nahmen. Die Beschlüsse der Konferenzen wurden einmütig angenommen. Kampfesmut und Begeisterung blühten aus den Augen der Versammelten, sie bewiesen, daß sich Organisationsleiter, Vertrauensleute und Arbeiter eins sind.

Die Situation in der Steiner-Kampferung

ist keine wesentliche Veränderung erschienen. Am Schluß der Woche waren von 339 Ausgeperrten 237 Personen zu unterrichten. Streikbrecher wurden insgesamt 47 gefaßt. Beide Teile halten nach wie vor jäh an ihren Bedingungen fest. Aus den Maßnahmen der Unternehmer ist immer deutlicher zu ersehen, daß es sich nur um eine beschäufliche Niederhaltung der Arbeiterorganisation handelt. Alles Abstreiten muß nicht. Nun haben sich die Unternehmer die Aufgabe gefunden, durch eine für das Jahr 1910 aufgestellte Statistik zu beweisen, daß die Steinerler ein Durchschnittseinkommen von circa 1000 Mk. gehabt hätten. Da man mit diesen Zahlen, die von Herrn Wegener in Halle angefertigt sind, selbst die Behörden irritiert, so muß noch nachdrücklicher hervorgehoben werden, daß Wegener nicht etwa das Einkommen aller 500 in Betracht kommenden Arbeiter erfaßt werden hat sondern daß sich seine „Statistik“ nur über das Einkommen von 6 resp. 8 Personen erstreckt. Mit solchem „Material“ wagen sich die Herren an die Öffentlichkeit und führen damit bei den Betriebsverwaltungen noch Verleumdung (!) Daß durch die Ausperrung sellenweise große Betriebsstörungen und unter der Bürgerchaft Mitleidung entstehen, geht aus nachstehender Notiz, die dem Wehrburger Korrespondent entnommen ist. Herr von Dalpzig, 18. April. Was ist es für ein Streik? Was liegt an der neuen im Bau begriffenen Kaufhalle nach Dürrenberg bereits das Steinmaterial zum Klaffen, ohne das es in dessen hiermit vorwärts ginge. Da das Wetter auch günstig ist und somit nicht in Frage kommt, wundert man sich allseitig über die Verzögerung und Demmung des öffentlichen Verkehrs. Gerüchtheile deulauert allerdings, daß die Steinerler des Wägenhelfen Unternehmens streifen. — Soll darunter aber die Allgemeinheit leiden?

Auch hier verdrückt der Korrespondent natürlich den Ausgeperrten die Schuld an der Mitleidung der Bürgerchaft aufzuwerfen. In Wirklichkeit liegt die Sache so: der Steinermeister kann sich nicht mehr die fröhliche Arbeit übertragen werden. Er hatte sich mit seinen Arbeitern durch den Streik abgefunden, auf drei Jahre laufenden Vertragsverhältnis. Der Unternehmerverband, dem das nicht in den Streik passe, verhängte deswegen über Herrn eine Strafe von circa 850 Mark und drohte Herrn, wenn er nicht binnen 3 Tagen seine organisierten Leute entlasse, dieselbe Strafe nochmals zu verhängen. Da sich die Unternehmer durch Beschäftigung mit 3000 Mk. dem Unternehmerverband verschrieben, so hat Herrn aus Angst vor Existenzvernichtung seine Leute ausgesperrt.

Ob der Korrespondent nun der Wahrheit die Ehre geben und die wirklichen Schuldigen verurteilen wird?

Schleswig. Der sozialdemokratische Verein hielt am 20. April seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß 9 Mitglieder dem Verein bei und 3 Mitglieder übergetreten sind. Darauf hielt Herr Dreyer-Voll seinen 2. Vortrag über die deutsche Reichsreform. Kaiserlicher Ministerpräsident, Herr von Hofmannsthal betrug zu Anfang des Quartals 86,72 Mk.; die Einnahme 143,47; in Summa 230,19 Mk. Die Ausgabe 125,38 Mk., so daß am Schluß des Quartals ein Kassensaldo von 104,80 Mk. zu verzeichnen war. Der Mitgliederbeitrag betrug mit seinem Quartalsbeitrag 16, eingezahlt 16, ausgedient 7. Schluß des Quartals 1890. Unter den Ausgeschiedenen befindet sich auch der frühere langjährige Vorsitzende des Vereins, Otto Eichner. Der Vorsitzende des Quartals gab bekannt, daß am 28. April eine Volksversammlung stattfand, in der Herr Dreyer-Voll seinen über die Reichsreform vorzutragenden Vorträge im Anschluß an den Vortrag gehalten, das Wägen darüber und dort bekannt gegeben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende 11 Uhr die Versammlung.

Waldenau. Bürgermeister kontra Amtsrichter. Von der Oberstaatsanwaltschaft ist die Revision des Bürgermeisters Schmidt in Schieding gegen das Urteil des Landgerichts Halle, wonach der Amtsrichter Schieding wegen Verletzung freisprechend wurde, zurückgezogen worden. Das Vergehen des Bürgermeisters Schmidt in Sachen der elektrischen Außenbahn hat Behring in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher von Popitz als Befehl und Betragen bezeichnet, nachdem die ganze in Frage gestellte Waldenau als schwere Schädigung der Gemeinden Wohlstand und Wohlstand erkannte werden war. Das Vergehen des Gemeindevorstehers Herrn Bürgermeister als Ankläger wurde vor Gericht ein Angeklagter durch den angeklagten Behring, die Zeugen und den Eid des Mandats zu verurteilen. Es wurde festgestellt, daß Schmidt und sein Freund, der Amtlichsekretär Daring, intern 17 März 1909 in einer Gemeindevorstellung für sich in der Weise als Gemeindevorsteher in der Waldenau, in der sie einmütig die ampenden Gemeindevorsteher für die Unterfertigung verantwortlich waren, wonach beiden Gemeinden für die elektrische Außenbahn nicht gegen 80000 Mk. abgehört werden sollen. Selbst mit Zustimmung von Zeugen wurde gearbeitet und über mit Zustimmungen des Amtlichsekretärs, der noch in der nicht abgeschickten, ein einziges Wort getrieben werden. Angehörig dieser erwiderten Tatsachen mußte der Gemeindevorsteher Bestimmung, dem der Schuß des 193 Wägen bedingter Interessen) zugebilligt wurde, freigegeben werden. Es die Gemeinden nun verpflichtet werden, sich noch einmal für die Herren Aktionäre, werden die weiteren Gerichtsverhandlungen lehren.

Rügen. Verschmelzung des Konsumvereins Rügen mit dem Reichsverband. Der zum mitteldeutschen Verband zählende Allgemeine Konsumverein Rügen und Umgebung hat liquidiert und ist vom Konsumverein Merseburg übernommen worden. Die Verwaltung des letzteren hatte bisher drei Mitglieder gegenüber einer Besondere Schicht der Rügen, die sich wieder getrennt hat und größeren Opiern befristet ist, durchaus nichts wissen wollten, was wiederum erklärlich erscheint, da der obige Verein vor sechs Jahren von einem entlassenen Lagerhalter des Merseburger Vereins mit einigen gleichgültigen Freunden gegründet wurde, und der seine Verwaltung, die im Laufe der Jahre vom Merseburger Verein wiederholt gemachten Versuche einer Verschmelzung stets brüht abgelehnt hatte. Die Verschmelzung war jedoch unerlässlich, wenn nicht die Totenliste des Konsumvereins-Verbandes durch einen neuen Namen ersetzt werden sollte. In einer etwas bewegten Versammlung der Merseburger Vereinsmitglieder wurde die Verschmelzung durch den Rat der Geschäftsführer die Zustimmung zum Sieg, und mit allen gegen sechs Stimmen wurde die Uebernahme beschlossen. Dieselbe hat nunmehr stattgefunden. Es ist dadurch ein längerer Fehler früherer Jahre, wenn auch unter größeren Opiern, die sich wieder getrennt hat und am Ende des Anstoßes für die Genossenschaftsbewegung aus dem Wege geräumt. Es ist deshalb um so mehr zu hoffen, daß diese Opiere nicht umsonst gebracht worden sind, und daß die Genossenschaftler allerorts durch den neuen die richtige Wehre ziehen und solche Verschmelzungsunternehmungen einzelne Interessen mit aller Eile zu befrachten und Verschmelzungsgeboten derselben Wehrung tragen. Insbesondere in den Kreisen der Verwaltungsmittglieder so mancher kleinen Verein, die heute den Verschmelzungsbestrebungen zu

Beitragsumberechnen vielfach noch recht kurzschichtig gegenüberstehen, muß das Rügener Beispiel recht ernsthaft beachtet werden.

Waldenau. Sie haben sich gefürchtet! Gleich nach dem Tode des Stadtvorstandes Günther erklärten die Bürgerlichen eine hieherige Tätigkeit zur Auffüllung eines Kandidaten. Günther wohnte in der Reichsstadt, folglich muß der Nachfolger ein „Reichsbürger“ sein. Es bildete sich im Wahlkollegium, die aber nicht kandidierte. Warum? Große Enttäuschung bei den Arbeitern, die gerne einen der Jünger aus dem Schilde erlösen hätten; darauf stellen sie einen „nationalen“ Mann auf, der die Bürger würdig vertreten könne. Doch Herr Wehner fand seine Gnade vor den Augen des Wahlkollegiums, das Wahlberechtigt wurde und das Haus und Grundbesitzer. Die Wählerliste der letztere machte Bedenke in der Opposition, stellte Bedingungen und arrangierte öffentliche Versammlungen, die sich mit den Führern der Stadtvormaltung beschäftigten. Dabei unterließ man es nicht, den ersten Bürgermeister für sein Entsetzen für die Intervention der Grundbesitzer in Sachen des Amtsrichters neubaus auszuerochen zu danken. In einer Weisung wies Dr. Niebe den Land der Quantität arzt, weil er in seinem letzten Wirken gerichtet an der Sache beteiligt sei. Am 9. April sollte wieder eine öffentliche Versammlung obigen Vereins lauten, die aber nicht stattfand. Warum? Warum? Die Wählerliste der letztere machte Bedenke ab das Zusammengelenk oder bürgerlichen Parteien aus Wählergruppen wurde beschloffen. Soll wohl heißen: zur Verschmelzung der Sozialdemokratie.

Und so leben wir denn nun, daß der ganze Mundwort sich auf den Reichsbürger Franz Johann vermit hat. Er ist ein „Reichsbürger“, also natürlich auch Reichsbürger. Die Reichsbürger lassen sich „national“ fallen, das Wort „Reichsbürger“ ist für sie von größerer Bedeutung. Aus dem Stücken können die Eisler Arbeiter leben, daß die Opposition der Bürgerlichen nur Scham ist, weichen zu den Jünger, Reichsbürger damit einzuweisen. Es ist gut, daß sich die Lage jetzt hat, sie jetzt ihren Freiheitsliebenden, wo er seine Freunde zu suchen hat, für den 26. und 27. April seine Stimme abgeben muß. Im Kampf gegen die Sozialdemokratie sind sich die Bürgerlichen einig. Darum Arbeiter, seid auch ihr einig, geht am Wahltag eine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie den Lagerhalter Herr Wägen. Dadurch befindet ihr zugleich euren Absichten über dieses Kandidatenpiel.

Gettstedt. Die Abtreibungsaffäre, die schon fast langer Zeit in hiesiger Gegend das Tagesgespräch bildet, hat vor der Wehrburger Staatsanwaltschaft einen vorläufigen Abschluß gefunden. Es wurde die Witwe Charlotte Schmitt von hier wegen Verbrechen gegen das lebende Leben zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, ferner wegen Beihilfe die Witwe Alma S. aus Burgorfen-Altort zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Waldenau. Ein außergewöhnliche Robeit beging am 25. Februar d. J. der Bergarbeiter Karl Dangel von hier, als er bei einem Kartoffelverkauf ertrug wurde. Er war deshalb wegen Verbrechen gegen das lebende Leben zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, ferner wegen Beihilfe die Witwe Alma S. aus Burgorfen-Altort zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Waldenau. Ein entsetzliches Unglück postierte am Sonntagabend auf dem der Ranscher Bergbahn gehörigen noch in den Werken begriffenen Schienenfeld bei der Pumpstation. Der Schachtmaurer Wägen aus Giesleben war im Schade beschädigt; plötzlich saulte ein Wägen herab und durchbohrte den Kermiten vollständig. Gleich nach der Einlieferung ins Giesleben Krankenhaus verstarb er.

Grüßenhainchen. Drei Personen vom Zuge gerammt. Sonntag Nachmittag 3 Uhr 1 Min. wurde von dem D-Bzg 130, der um vier Uhr die Station Grüßenhainchen passiert, in der Richtung nach Halle das Gepannde Dreirädriger Müller aus Gröben überfahren. Der Weiser selbst und sein 18-jähriger Sohn sind tot, der Wägen gänzlich zertrümmert, das Pferd unversehrt. Das Unglück ist ebenfalls durch zu spätes Schließen der Schranken entstanden. Die Unglücksfälle befinden sich zwischen der Station Grüßenhainchen und Burgwiese, wo die Chaussee Berlin-Halle die Bahn kreuzt. Die Krümmer des Wagens lagen über einen Kilometer auf dem Bahndamm zertrümmert.

Halsbrunn. Ein Weisheitsanker unter Anfluge. Vor dem Landgericht hatte sich der Arbeiter Karl Weddershausen aus Hirschleben wegen Beamtenbeleidigungen zu verantworten. Der Angeklagte, der wegen Gewalttätigkeiten und ähnlicher Delikte schon vielfach bestraft ist, hat in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht überlebt, in der er als Angeklagter erwidert, den Beschlüssen des Schöffengerichts länger gehorcht und im Fortschritt zum Fortschritt gemacht. Als die Urteilsurkunden des Vorliegenden an den aufgetragenen Angeklagten, sich doch zu beruhigen, nichts nützen, wurde er abgeführt, wobei er um sich schlug und den Schöffensimpator beleidigte. W. machte zu seiner Gefühlsregung geltend, daß er sich in großer Erregung befinden habe, und einer Zune nicht mächtig gewesen sei. Außerdem habe er im Gefängnis einen epileptischen Anfall erlitten. Der als Sauerhändler vernommene Arzt Dr. Marx bemerkt, daß der Angeklagte für seine Vergehen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sein Geisteszustand sei so beschaffen, daß bei solchen Anträgen die freie Willensführung aufgehoben erscheint. Auf Grund des Gutachtens erkaufte das Gericht am Freitagsnachmittag, 20. der weisheitszustand W. nicht auch an den früheren vielen Vergehen die Schuld trug?

Den Haupterfolg

seiner enormen von Jahr zu Jahr gewachsenen Verbreitung verbannt Katreiners Malzfaße nicht den Anpreisungen, Zeitungsausschnitten etc., sondern der Weiterempfehlung durch zufriedene und dankbare Anhänger. Das ist wohl der zuverlässigste Beweis für die Güte von Katreiners Malzfaße.

Der Gehalt macht's!